

Posener Zeitung.

Nº 248.

Dienstag den 24. Oktober.

1848.

J u l a n d .

Berlin, den 22. Okt. Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem katholischen Pfarrer Graskamp zu Sümmern, im Regierungs-Bezirk Arnberg, den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Gerichtsboten und Exekutor Jakob Brunk zu Marienburg das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Ober-Gefreiten Meyer vom 8. Ulanen-Regiment, dem Jäger Sächer der 5. Jäger-Abtheilung und dem Pionier Kuck der 1. Pionier-Abtheilung, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am Königlich Schwedischen und Norwegischen Hofe, Kammerherr von Brassier de St. Simon, ist nach Stockholm abgereist.

△ Berlin, den 20. Oktober. Heute sind die Opfer des 16. Oktober bestattet worden. Der Tod hat seine versöhnende Kraft ausgeübt. Kein Gross wurde laut, keine Störung kam vor. Bei der Bestattung des Hofvergolders Hauptmann Schneider zeigte sich die Theilnahme in hohem Grade. Es ist der erste Bürgerwehrmann Berlins, der im mutigen Kampfe für Ordnung und Gesetz mit der Waffe in der Hand gefallen ist. Die städtischen Behörden so wie die meisten Corporationen waren durch Deputationen vertreten. Vorzugsweise günstigen Eindruck aber machte es, daß das Militair, vom Gemeinen durch die verschiedensten Rangstufen bis zur Generalität hinauf, Deputationen gesendet hatte, um diesem Streiter die lezte Ehre auch militärisch zu erweisen. Diese Beteiligung des Militairs bei der Leichenfeier konnte weniger der Person des ehrenwerthen Gefallenen gelten, als vielmehr dem gefallenen Kameraden aus der Bürgerwehr. Aber gerade dies machte den so günstigen Eindruck, daß hierdurch das Militair den Beweis lieferte, die Bürgerwehr als ebenbürtig und kameradschaftlich zu betrachten.

Nachmittag wurden die gefallenen Arbeiter bestattet. Es hatten sich dazu besonders zahlreiche Vertreter der Clubs, besonders der demokratischen, eingefunden, wie auch viel Bürgerwehr, diese indes ohne Waffen. Unter den vielen Fahnen flatterten eine nicht unbeträchtliche Anzahl rothe, die mit bekanntem Je suis témoin die deutsche Dreifarbigkeit dadurch herzustellen behaupten, daß sie die Fahne an einer schwarzen Stange mit goldenem Knopf tragen. Auf einer nicht eben weiten Strecke des Zuges zählte ich vier solcher rothen Fahnen.

— (Span. Ztg.) Die Beiträge zur freiwilligen Anleihe sind seit einigen Wochen nur mäßig geflossen. Bis zum Schlusse der vorigen Woche sind 10 Mill. 306,000 Thlr., außer 100,000 Thlr. in verarbeitetem Gold und Silber, abgeführt. Wie wir vernehmen, ist besonders der wohlhabendere Bauernstand mit Beiträgen zurückgeblieben. In einer Zeit, wo gerade der mittlere Landbesitzer durch Akte der Gesetzgebung so viel gewinnen wird, ist dies eine höchst auffallende Erscheinung, um so mehr, als notorisch gerade diese Klasse der Gesellschaft verhältnismäßig viel baares Geld besitzt, überdies kein in Preußen fundiertes Papier mehr Sicherheit und zugleich höhere Rente gewährt, als die Schuldsscheine über die freiwillige Anleihe. Hier in Berlin hat man dies begriffen, und trotz der bei uns grosstheils herrschenden Noth ist mehr als der fünfte Theil der freiwilligen Anleihe in der Hauptstadt aufgebracht. Es wäre in der That niederschlagend, wenn das Zwangsanleihegesetz weniger Millionen wegen ausgeführt werden müßte.

* Breslau, den 20. Okt. (Bericht des Corresp.-Büraus.) Unsere Straßen befinden sich wieder in gewohnter Versaffung, namentlich hat die Kornecke ihren früheren Glanz wieder erlangt. Sie ist wieder bedeckt mit Plakaten und Flugschriften aller Art. Auch die fliegenden Buchhändler sind wieder da, und peinigen jeden Vorübergehenden. Wie wir vernehmen, ist das erlassene Debitsverbot auf Instanz zweier hiesiger Buchhändler ergangen, welche wegen Gewerbschein-Defraudation ihrer kleinen Eccl.-Kollegen bei der Polizei-Behörde eine Denunciation ausgebracht haben. In gleicher Weise ist auch dem Anhänger der Plakate kein ferneres Hindernis in den Weg gelegt. Von dieser Lizenz ist denn heut auch, sowie bereits gestern, vollster Gebrauch gemacht worden. — Gestern Nachmittag hat ein Verhör des Dr. Asch im Königl. Inquisitoriate stattgefunden. Seine Anhänger befürchteten vermutlich, daß man den Genannten verhaften werde, weshalb sie sich Nachmittags 4 Uhr in nicht geringer Menge am angegebenen Orte gesammelt hatten. Es kam indes zu keinerlei Excessen, und hat übrigens auch keine Haftnahme des Angeklagten stattgefunden. — Gestern Abend hatte sich eine nicht kleine Menschenmenge versammelt. Man wollte behaupten, daß dieselbe mit einer gewaltfaamen Befreiung des Dr. Vorchard umgehe. Dies hat sich indes nicht bestätigt, da gegen 7 Uhr die Menge sich wieder zerstreut hatte und keinerlei Excesse vorgekommen sind. So eben (Mittags) vernehmen wir übrigens, daß der Kriminalsenat den Antrag auf Freilassung des Dr. Vorchard entschieden zurück-angelangt. Man dekoriert so eben auf der Oberschlesischen Eisenbahn einen Katafalk; die hierzu erforderlichen Geräthschaften, Wagen, so wie der Dekorateur sind von Ratibor hergeschafft. Der Katafalk ist schwarz drappirt, mit Silberborten und Immortellen-Kränzen und mit dem Fürstlichen Wappen mehrfach geziert. Um das Wappen stehen Titel, Geburts- (5. April 1814) und Sterbetag des Fürsten. Zu Haupts des Katafalkes ruht auf einem Sammetkissen die Fürstenkrone. Morgen Gräß beigesetzt zu werden. — Vorgestern Abend um 10^½ Uhr zeigte sich am ganzen nördlichen Himmel, besonders im Sternbilde des großen Bären, ein sehr bedeutendes Nordlicht. Gegen 11 Uhr war es am intensivsten. Die unregelmäßigen Erscheinungen an der Magnetnadel wurden nicht nur während der Dauer jenes Lichtes, sondern auch den gestrigen ganzen Tag hindurch beobachtet.

Dessau, den 19. Oktober. In Bernburg hat man sehr bewegte Tage gehabt. In der Landtagssitzung vom 13. erfolgte ein wahrer Sturm der Abgeordneten auf die Minister, und zulegt zertrümmerten die Zuhörer, die ebenfalls gegen die Minister lärmten, Stühle und Bänke und kamen in die Deputiertenplätze. Die Minister mussten die Sitzung verlassen und eilten zu dem Herzog nach Ballenstädt, während sich in dem Saal ein Convent bildete, welcher in einer Deputation an den Herzog ein neues Ministerium und die Anerkennung der Competenz des Landtags verlangte, welcher letztere Punkt, da die Minister die Competenz nicht zugestehen wollten, die ganze Scene herbeigeführt hatte. Der Convent lud den Commandeur der Truppen vor seine Schranken und verpflichtete ihn. Zum Schluß brachte ein Beschluß des Herzogs die Genehmigung des Begehrten, indes bleibt nun der Convent beisammen. Unser Landtag hat beschlossen, daß alle Steuerfreiheiten und Vorzüge aufhören, und nie wieder erworben werden können, ferner, daß das Land keine besondere diplomatische Vertretung im Auslande besitzen soll.

Bernburg, den 17. Oktober. Nachdem das hiesige Ministerium — das einzige in Deutschland, welches von den Ministerien des Ancien Régime noch übrig war — schon seit den Märztagen, namentlich aber seit der Eröffnung des Landtags durch ewiges Temporisten und Sperren gegen die im volksthümlichen Sinne gefassten Landtagsbeschluße einen von Tag zu Tag wachsenden Unwillen im Volke sich zugezogen hatte, trieb es zulegt in der Sitzung am 13. Oktober seine Verhöhung des Landtags so weit, daß es dadurch einen sogar von Seiten der Rechten ausgehenden Sturm der Abgeordneten und des auf der Gallerie dicht gedrängten versammelten Volks gegen sich herausbeschwor und in Folge desselben sich genötigt sah, das Sitzungsklokal zu verlassen. Nach dessen Entfernung erklärte sich der Landtag sofort bis zur Beseitigung der zwischen dem Ministerium und dem Landtag entstandenen Verwirrsnisse und bis zur Sanction der Verfassung für permanent und fasste außerdem eine Reihe von Beschlüssen, welche dem Ministerium das Vertrauen des Volkes aufzukündigen, um eine Änderung der jetzigen Hofumgebungen des Herzogs und der Herzogin bitten zu. Der Bürgerwehrhauptmann v. Kemnitz nebst sämtlichen Bürgerwehrroffizieren und der Commandeur des hiesigen Militärs, Major v. Lühschler, wurden veranlaßt, sich durch Namensunterschrift zu verpflichten, bis zur Beseitigung der Krisis keine andern als vom Landtag genehmigten Befehle zu empfangen und nichts gegen den Landtag und dessen Beschlüsse unternehmen zu wollen. Sodann wurde eine Eskorte an den Reichsverweser und die Nationalversammlung abgesendet, um durch einen wahrheitsgetreuen Bericht über die in rein parlamentarischer Weise vor sich gehende Entwicklung dem etwaigen Beschlüsse vorzubeugen, durch fremde (?) Bayonette zu interveniren. Am 14. Okt. kehrte die Deputation von Ballenstädt mit der erfreulichen Nachricht zurück, daß der Herzog den bisherigen Ministerpräsidenten v. Kersten mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt, die nähere Bezeichnung der missliebigen Personen am Hofe für nötig befunden, und den Competenzbeschluß, so wie die Permanenz des Landtags bis zur Sanction der Verfassung genehmigt habe. Am 16. Oktober setzte sich der Ministerpräsident in einer vertraulichen Sitzung mit dem Landtage wegen Bildung des neuen Ministeriums in Einvernehmen, und wie allgemein verlautet, soll eine Verständigung dahin stattgefunden haben, daß das Ministerium nur aus zwei Personen und zwar aus dem bisherigen Ministerpräsidenten und einem Mitgliede der Linken zu bilden sei. An der Genehmigung dieses Beschlusses von Seiten des Herzogs ist nicht zu zweifeln, und so sieht das Volk einer neuen Regierung, in welcher das volksthümliche Element hoffentlich nicht vom ministeriellen verschlungen werden wird, mit vollkommenster Verhüting entgegen, zumal, da ihm die demnächst bevorstehende Sanction des von Seiten des Landtags bereits angenommenen, durch und durch freistunigen Verfassungsgesetzes die beste Garantie für eine baldige Consolidirung seiner Verhältnisse gibt. (D.A.Z.)

Frankfurt a. M., den 17. Okt. 97. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. (Fortsetzung). Vogt erklärt, er wisse sehr wohl, daß aus dieser Versammlung ein Convent nicht hervorgehen werde. Wenn eine Partei in dem Hause existirt hätte, die zur Emeute hätte greifen wollen, dann würde sie anders gehandelt haben, als in den letzten Ereignissen gehandelt worden sei, aber eine solche Partei existire nicht, es gebe keine Partei, die das gewollt habe. — Er bezeichnet widerholt als die eigentlichen Anführer der Aufriegung nur Diejenigen, die jede Fußbreite Landes hartnäckig zu vertheidigen strebten. Er könne sich der Ansicht nicht entheben, daß das Gericht bei seinen Anträgen nicht von rechterlichen, sondern von politischen Gründen ausgegangen sei, die ihm die Ansicht der einzelnen Mitglieder dictirt haben möge. Er warnt die Versammlung, politische Handlungen und Meinungen mit demjenigen zu verwechseln, was daraus erfolgt. Nur eine Generaluntersuchung, nicht eine Specialinquisition könne gemeint sein; wenn in Folge der ersten später so viel vorliegen sollte, daß man sagen könne, es sei wahrscheinlich, daß Dieser oder Jener verbrecherische Tendenzen habe und verbrecherische Handlungen begehe, möge man wieder vor das Haus kommen, diese vorlegen und dann werde gewiß dem Rechte nicht verweigert werden, was ihm gebührt. Er erinnert schließlich an das Verhalten der Nationalversammlung des Nachbarlandes, welche die Erlaubniß zur Verhaftung des Louis Blanc und Caussidière gab, aber die Verhaftung des Ledru-Rollin und die Unter-

suchung gegen ihn verweigerte. Man möge erwägen, was Lebrü-Nollin gesagt und gethan habe, und was die angeklagten Mitglieder dieses Hauses gesagt und gethan haben, dann werde man keinen Augenblick zweifelhaft sein können. (Bravo und Beifallsklatschen von der Linken). Bassermann von Mainz spricht in gerade entgegengesetztem Sinne. (Der Präsident muß die Linke zur Ruhe auffordern). Jetzt solle Reaction sein, was man früher als Wahrung der Freiheit betrachtet und gepriesen. Die alte Tyrannie sei wieder im Anzuge, nur unter neuem Namen. Hier dürfe kein Privilegium gelten und der Volksvertreter, der zu Verbrechen anreize, sei doppelt verantwortlich, weil seine Worte doppeltes Gewicht hätten. Um so weniger dürfe das Haus die Mitglieder aus seiner Mitte, welche solcher Verbrechen bezüglich wären, ihrem Richter entziehen*). (Forts. folgt).

Frankfurt a. M., den 19. Okt. (Fr. Bl.) Durch ihre Abstimmung am 17. hat die hiesige Bürgerschaft den Artikel 50. unserer städtischen Verfassung, der dahin lautet: „dass eine Verfassungsänderung nur dann geschehen könne, wenn zwei Drittheile der Mitglieder des Senats, zwei Drittheile der Stimmen des gesetzgebenden Körpers und zwei von den drei Abtheilungen der christlichen Bürgerschaft dafür gestimmt haben“, mit 2312 Stimmen gegen 517 für abgeschafft und sich für die Berufung einer konstituierenden Versammlung erklärt.

Heute wurde der Gemahlin des Reichsverwesers, der Frau Gräfin von Brandhof, ein von einer Anzahl Hanauer Frauen und Jungfrauen höchst kunstvoll gefertigter Teppich durch eine Deputation überreicht. Derselbe bietet in Stickarbeit die Ansicht des Schlosses Brandhof, des Familienzuges des Fürstlichen Paars, und ist mit einer schwarz-roth-goldenen Einfassung umgeben. Sichtlich gerührt nahm die hohe Frau dieses werthvollen Liebeszeichen entgegen und sprach ihre Dankbarkeit gegen die Deputation in eben so herzlichen als von freudiger Überraschung zeugenden Worten aus.

München, den 16. Oktober. Das Gerücht, daß die Erzherzogin Sophie, auf ihrer Flucht von Wien, den Weg nach Baiern genommen, hat sich bestätigt; dieselbe traf vergangenen Freitag in Possenhofen ein und wurde vom König Ludwig besucht; gestern Vormittag war sie auf ganz kurze Zeit unter strengstem Inkognito hier, flog im Herzog-Max-Palais ab und begab sich sodann nach Tegernsee, wohin heute König Max reist. (D. konst. 3.)

Wien, den 15. Oktober. Wie sehr die Dynastie hier alle Sympathieen verloren, zeigt folgendes wahre Faktum, daß vor dem Buchhändlerladen auf dem Graben, der gestern geöffnet war, ein Haufe Volkes sich nur dadurch von der Vernichtung eines unter der Glasscheibe stehenden Bildes S. M. abhalten ließ, daß man ihm vorstellte, er beschädige dadurch das Eigenthum eines Andern.

— Der neue provvisorische Nationalgarde-Oberkommandant Messenhausen, gewesener Oberlieutenant im Wiener Regiment Deutschmeister, hat mit seinem mobilen Armeeorps, bestehend aus dem Proletariat, Arbeitern, den steiermärkischen Freischützenkorps und einem großen Theil von Nationalgarden sowohl der Stadt selbst als aus der Umgebung, deren Gesamtzahl man auf 30—35,000 Mann angibt, ein Lager im k. k. Belvedere aufgeschlagen. Fürst Windischgrätz trifft heute mit seinem 10,000 Mann starken Armeeorps im Marchfelde ein. Es stehen sich demnach, sofern die Ungarn wirklich bis Wien vorrücken sollten, zwei imposante Armeecorps gegenüber, Jellachich mit 20,000, Auersperg mit Windischgrätz zusammen 50,000 Mann. Wenn sich die Ungarn, deren Stärke auf 50,000 Mann angeschlagen wird, mit den Wiener Truppen vereinigen, so beträgt diese Armee über 80,000 Mann. — So eben höre ich, daß auch von der entgegengesetzten Seite, von Oedenburg und Neustadt herwärts ungarische Truppen im Anmarsch seien.

— In der gestrigen Reichstagssitzung wurde beschlossen, daß jeder Deputirter, so wie er ein Staatsamt übernimmt, sich einer neuen Wahl unterziehen müsse; ferner beschloß die Kammer auf den Antrag des Abg. Borrosch, daß kein Minister Deputirter werden könne. Die Kammer ist nicht müde, die Vermittlerin zu spielen und die eingetretene Spaltung im Staate friedlich ausgleichen zu wollen; sie hat beschlossen, ein Ultimatum an den Kaiser zu schicken, in welchem demselben vorgestellt wird, daß in Wien Ruhe und Ordnung herrsche, daß er den Befehl zum Abmarsch des Banus Jellachich gebe, daß ferner die Zahl festgestellt werde, aus welcher die Wiener Garnison zu bestehen habe und daß diese Garnison den Civilbehörden untergeordnet bleibe, daß sie auf die in Aussicht gestellte Konstitution vor ihrem Einzuge in die Stadt beeidet werde. — Vier Deputirte von der äußersten Linken in der Paulskirche: Blum, Fröbel, Hartmann und Trampusch, sind hier angekommen; sie haben an die Wiener Bevölkerung von der Linken dieselbe Adresse gebracht, welche die Majorität des Frankfurter Parlaments zu senden sich weigert. Sie haben sich an den permanenten Ausschuß des Reichstages, den Gemeinderath und das Studentencomitee gewendet; von letzteren wurden sie als Ehrenmitglieder aufgenommen.

— [Proklamation der Ungarischen Armee an ihre österreichischen Brüder.] „Wir überschreiten die Grenze Eures Landes nicht als Feinde, sondern als Eure Freunde und Hilfsgenossen; wir kommen, die Brüderhand zu reichen den biedern Bewohnern Wiens, die ihr Leben, Gut und Blut eingesetzt haben für die gemeinsame Freiheit; wir kommen zu verfolgen und mit Gottes Hilfe zu vernichten die Raubhorden des Rebellenhäuptlings Jellachich, der gegen alles Recht unser Land mordend, sengend und brennend durchzogen und sich jetzt zu Euch geflüchtet hat, um die Gräuel zu erneuern, die er bei uns verübt. Wir kommen, Wien zu retten vor dem Untergange, es zu befreien vor der Plünderungssucht der Sereschianer. Wir kommen zu Euch, die blinden Werkzeuge des Absolutismus zu bekämpfen, die, den Worten unseres gnädigen Monarchen Hohn sprechend, unsere junge Freiheit in der ersten Blüte erschlagen wollen. Braves, biederes Volk Österreichs! Auf, zu den Was-

*). Beide Reden, die Bogtsche und die von Bassermann, sind, jede in ihrer Art, Muster parlamentarischer Beredsamkeit, so daß es in hohem Grade verlohnzt, beide in ihrem ungetümten Zusammenhange kennen zu lernen. Wir verweisen wiederholt auf die Frankfurter stenographischen Berichte.

ten! Ziehet mit uns zur Rettung Wiens, Eurer schönen Hauptstadt, zum Beistande unserer treuen Brüder. Gemeinsam wollen wir kämpfen, Deutsche und Ungarn, für unsere Freiheit, für unser gutes Recht! Nieder mit den feinen Dienern der Camarilla! Es lebe die konstitutionelle Freiheit, Recht und Brüderlichkeit! Auf, zu den Waffen, vorwärts nach Wien!“

Unter der Überschrift „Neues“ meldet der „Wiener Freimüthige“ vom 17. Okt.: „Die Stunde der Entscheidung naht — Der Kampf beginnt! 60,000 Ungarn sind heute in Fischamend. Das Gros der Armee unter Anführung des General Moga und des k. Commissairs Csanyi, so wie der rechte Flügel unter Major Ivanka und Perczel sind heute in Fischamend und werden binnen 24 Stunden die Croaten angreifen. Oberkommandant Messenhausen schlägt sein Hauptquartier mit 50,000 Mann im Belvedere auf. General Bem, der in den Polnischen Freiheitskriegen mit 12 Batterien 74 feindliche verstummen machte, ist Chef des ersten Tressens. — Die Ungarn sandten bereits 20 Centner Pulver; zwei Millionen scharfe Patronen werden heute erwartet, und Lebensmittel führen sie in bedeutender Menge den bedrängten Bewohnern Wiens zu. Das Hauptquartier des energischen Oberkommandanten ist vollkommen militärisch eingerichtet, und die Adjutanten und Offiziere des General-Quartiers sind durch grüne Abzeichen kenntbar.“

Olmütz, den 15. Okt. Heute ist folgendes Kaiserliches Manifest hier erschienen:

„An Meine Völker!

Angekommen in Olmütz, wo Ich vor der Hand zu verweilen gesonnen bin, ist es Meinem väterlichen Herzen Bedürfniß, die wohlthuenden Beweise treuer Unabhängigkeit, welche Ich auf Meiner Hierherreise von dem Volke allenthalben erhalten habe, anzuerkennen. Wenn Ich in Mitte Meiner Soldaten reiste, so geschah es darum, weil Uebelgesinnte das Land durchziehen, und Ich nicht allenthalben Mich von Meinem treuen Volke umgeben finden konnte. Landleute Meiner Staaten! vertraut auf Euren Kaiser, — Euer Kaiser vertraut auf Euch. Die Befreiungen, welche das bereits erlassene Gesetz bezüglich der früheren unterhängen, auf Grund und Boden gehafteten Leistungen, als Robot, Behent z. z. z. Euch zugesagt habe, sind Euch gesichert und Ich erneure Euch diesfalls. Mein Kaiserliches Wort, so wie Ich es während Meiner Reise mehrere Mal mündlich fundgegeben habe. Es ist Mein fester Entschluß, Euch diese Befreiungen zu währen. Seid daher ruhig und unbeforgt, meine treuen Landleute, und wenn es Menschen giebt, welche das Wort Eures Kaisers in Euren Augen zu verdächtigen suchen, so sehet sie als Verräther an Mir und Eurem eigenen Wohle an und benehmmt Euch hiernach.

Ferdinand. Wessenberg.“

Prag, den 14. Oktober. Heute Morgen wurde die alte Universitätsfahne, welche während der Pfingstwoche bei der Eroberung der Aula von hier hinweggenommen worden war, unserer Studentenschaft wieder feierlich übergeben. Die Fahne wurde unter vielen Slawarufen nach dem Altsächter Rathause gebracht, wo sie bis zur Universitätsjubelfeier und bis zur vollständigen Restaurierung der arg beschädigten Aula in Verwahrung bleibt. (C. Bl. a. V.)

Aus Zipsen. In Liptau mag es mit der öffentlichen Ruhe nicht so arg stehen, wie Viele befürchten. An Wachsamkeit scheint es den dortigen Behörden nicht zu fehlen. In Rosenberg wurde ein Böhmisches Emissär nach dem Standrecht behandelt und gehängt. Voll von Selbstvertrauen auf ihre eigene Kraft wissen die Liptauer sogar die ihnen angebotene Hülfe der benachbarten Zipser Deutschen gegen die etwaigen Ueberfälle der Panslaven, wie sie in Neu-ira und Ternestin vorkommen, zurück. In Folge erhältener Aufforderung von Seite des k. Commissärs Karl v. Szént-János zogen 450 Freiwillige, meistens Bürger aus den Deutschen Zipser Städten, einige hoch zu Ross am 2. Oktober nach Liptau, mußten aber gleich Tags darauf nach erhalter Weisung noch vor dem Eintritt ins Komitat zurückkehren. (Dest Lloyd.)

Musik.

Frankreich.

— Die Bankette der rothen Republik folgen sich Schlag auf Schlag. Gestern wurden zwei statt eines abgehalten; nächsten Sonntag findet ein drittes in Passy unter dem Vorsitz des ehemaligen Pairs von Frankreich, Hrn. Alton Shee, gegenwärtig ein socialistischer Demokrat à la Proudhon und Greppo, statt, und die Genossen haben bereits ihre 20 Sous dafür eingezahlt. Ein vierter Banket ist unter der Leitung des Hrn. Pierre Leroux, Verfassers einer unvergleichlichen Constitution, ebenfalls für die nächste Woche im Werke, und es liegt durchaus nicht außer aller Möglichkeit, daß die Regierung sich bewegen finde, dieser aufregenden und oft mehr als geräuschvollen Zweckesserei ein Ende zu machen, was allerdings wie eine Rückkehr zum 22. Februar aussehen möchte.

— Nach der „Union“ wird zu Belleville unter Ledru-Rollin's Vorsitz, der angeblich eine noch weit radicalere Rede halten will, als im Chalet, ein socialistisches Banket statt finden, zu welchem ein der rothen Republik eifrig anhänger der dortigen Massegen einen unter den Namen Cotilina bekannten fetten öffen hirschen will, der Tags zavor, wenn die Polizei nicht einschreitet, durch die Straßen paradiert soll.

Niederlande.

Amsterdam den 12. Oktober. Unsere neue Constitution ist fertig, wir haben direkte Wahlen mit Census, zwei Kammer, Vereinigungsrecht, Lehrfreiheit und die stereotypen übrigen konstitutionellen Volksrechte. Interessant und dieses kleinen Ländchens würdig waren die Kammer-Verhandlungen; da war nicht sowohl rhetorischer Kunstfertigkeit, nicht sowohl die Sucht nach Tribünentriumpf, als vielmehr ein biederer patriotischer Geist, der aus den Reden der Abgeordneten sprach, und dem man alle Anerkennung zollen muß. Alle, Aristokraten wie Demokraten, schienen nur eine Lösung zu kennen; Freudigen Gehorsam dem Ausspruch der Mehrheit, und Alle hatten nur Einen Wunsch: Das Heil und Glück des Vaterlandes.

Italien.

Turin den 11. Oktober. Die „Concordia“ meldet aus Bologna vom 6.

Oktober, in Modena seien die Ungarn mit den Kroaten handgemein geworden. Die Letzteren hätten den kürzeren gezogen, worauf die Ungarn die Kaiserliche Kokarde weggeworfen und die nationale aufgesteckt hätten. Franz V. sei nach Bogen abgereist. Des Abends wären viele junge Leute unter dem Geschrei: „Es lebe die Republik, Tod dem Herzog!“ durch die Straßen gerannt. Wirtheilen diese Nachricht mit, ohne sie zu verbürgen.

Moldau und Wallachei.

Bukarest, 28. Sept. Es ist gewiß, daß die Avantgarde der russischen Armee (20,000 Mann) unter General Lüders binnen 3 Tagen einrückt. Die Türken sträuben sich zwar dagegen, aber was hilft ihr unmächtiges Wort. — Hnud-Effendi hat folgendes Manifest erlassen: „An die Bojaren und an Euch Einwohner der Wallachei aller Classen. Eine Revolution aus jenem Geiste des Communismus hervorgegangen, welchen jetzt ganz Europa siegreich bekämpft, ist unter Euch ausgebrochen und hat die Ruhe und die Sicherstellung des friedlichen Fortschrittes erschüttert, deren Ihr Euch bis jetzt durch die National-Institutionen erfreuet, welche die H. Pforte Euch bewilligt hat. Die Grundsätze dieser Revolution sind aber den politischen Gesetzen, nach welchen die übrigen Provinzen des ottomanischen Reiches regiert werden, ganz entgegen, und verlezen nicht nur die Souverainitätsrechte Eures legitimen Monarchen (!), sondern auch die politischen Verträge mit Russland (?), deren gewissenhafte Aufrechthaltung Se. Hoheit wünscht. — Einwohner der Wallachei! Die väterliche Stimme Eures Souveräns spricht auch jetzt zu Euch. Vertraut seiner liebevollen Huld und Seinem guten Willen. Se. H. der Sultan, willens, die Regierungsgewalt mit der Administration zu vereinbaren, hat es für gut befunden, anstatt einer aus drei Personen bestehenden, dem Wortlaut des organistischen Reglements gemäß zusammengestellten Kaimakamie, eine einzige Person zu bestimmen, welche die Funktionen jener Kaimakamie zu erfüllen hat. — Zu diesem Zwecke habe ich im Namen Sr. H. des Sultans den Logothet der Justiz, Hrn. Constantin Kantakuzeno, erwählt.“ (Const. Bl. aus Böhmen.)

Von der moldauischen Grenze, den 29. Sept. (A. A. Ztg.) Am 14. (26.) Sept. griff die türkische Armee Bukarest an, es gab einen sehr hartnäckigen Kampf vor den Barricaden der Stadt und einigen festen Plätzen. Man sieht von beiden Seiten mit ausgezeichneter Tapferkeit, der Verlust soll leider sehr bedeutend sein. Am Ende wurden die irregulären Truppen der Wallachen der europäischen Kriegsstadtik der türkischen Armee. Bukarest ward mit Sturm genommen, ebenso die Caserne, die, mit besonderer Tapferkeit verteidigt, der Überzahl erlegen mußte. Das russische Consulat ist mit 300 Türken besetzt. General Duhamel befindet sich eben daselbst. Die Türken, oder vielmehr Hnud-Effendi, nahmen zwei der von Suleiman Pascha anerkannten Regierungsvorsteher (Kaimakam) gefangen, unter denen Hr. Iltadi. Die Gefangennahme geschah hinterlistig, indem Hnud-Effendi selbe zu einer friedlichen Unterredung zu sich bitten ließ, deren Resultat ihre Gefangennahme war. — Nachrichten aus Jassy lauten nicht sehr erfreulich, man hat die russischen Truppen wegen des vorschreitenden Herbstes und kühlen Wetters in die Stadt eingekwartiert, alle Lasten der Erhaltung liegen auf dem armen Bürger ohne Unterschied, welcher Regierung Schützling er auch sein mag, was auch gegen die Contracte ist, durch die Consulat aber genehmigt wird. Täglich gibt es Raufereien und Schlägereien zwischen dem Militär und dem Volke, dem dieser neuangelegte Druck, bei der ohnehin bestehenden Theuerung, unerträglich ist und sein muß. An allem dem ist Fürst Stourdza Schulz, der noch durch die Art und Weise wie diese Einquartirung geleitet wird, die russischen Behörden augenfällig compromittirt. So ist denn nun seinen Anhängern, dem gemeinsten Gefüdel, eine neue Quelle des Diebstahls und der Bestechlichkeit geöffnet, wobei der arme Bürger und das russische Militär am meisten leiden. Wie lange wird dies noch wohl dauern, oder wie wird es wohl enden?

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Versaffung.

Einundachtzigste Sitzung, vom 20. Oktober.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr. — Die Abgeordneten Scheidt, Quasnick, Dobberkau, Krabbe, v. Damnitz und Steinbeck erhalten neuen oder verlängerten Urlaub. Der Abgeordnete Pinz (Breslauer Landkreis) legt sein Mandat nieder. Der Abg. O-L-G. Assessor Mann hat als Entschädigung für ihm entzogene Gebühren eine jährliche Gehaltszulage von 50 Thlr. erhalten. Er fragt an, ob er sich deshalb einer Neu-Majorität. Der Abg. Wollheim berichtet eine Anschriftung des Abg. Köhler in der Sitzung vom 2. Oktober, wonach im Guhrauer Kreise Drohungen gegen Gutsbesitzer und Brandstiftungen statt gefunden hätten. Er liest einen Bericht des dortigen Landratsamtes, welcher dies abweist. — Ein dringender Antrag des Abg. Krause (Sagan), einen von ihm eingereichten Gesetzentwurf zur Einkommensteuer der Fachkommission für Finanz- und Steuer-Angelegenheiten zu schleuniger Berücksichtigung zuzuweisen, wird ohne Debatte angenommen. — Die Abg. Bergmann und Pilet beantragen, die Versammlung möge das Ministerium ersuchen, den Zusammentritt von Communal-Landtagen als solchen nicht ferner zu dulden, und zur unumgänglich nötigen Erledigung der unaufziehbaren laufenden Geschäfte in anderer Weise Vororge treffen. Sie beziehen sich dabei auf die Einberufung eines Communal-Landtages der Altmark auf den 6. November d. J., welche diesen Landestheil in Besorgniß in seiner jetzigen Zusammensetzung ein völlig überlebtes Institut sei, und daß seine Beschlüsse nur als Parteibeschlüsse der großen Gutsbesitzer würden aufgenährt, welcher der älteste der Monarchie sei, und sich bisher eben so durch seine Loyalität, als durch eisriges Fehthalten an der neu errungenen Freiheit ausgezeichnet habe. Schulz (Minden) gegen den Antrag, weil der Zweck dieses Landtages nicht angegeben worden sei. Albrecht für den Antrag; die etwa übrig gebliebenen Geschäfte solcher Landtage können sehr leicht durch Special-Commissarien erledigt werden. Kette gegen. Diese Landtage seien immer eine Art von Volksvertretung und darum ihre Maßregeln populärer, als durch

Beamte des Ministeriums ergrieffene. Pilet theilt das Einberufungsschreiben des Oberpräsidenten von Sachsen, v. Bonin, mit. Der Landtag soll wegen unaufziehlicher Verwaltungsgeschäfte zusammenentreten. Was die Art von Volksvertretung betreffe, die in demselben gegeben sei, so bestehet er aus 120 Rittergutsbesitzern, 8 städtischen und 4 bürgerlichen Abgeordneten. (Heiterkeit.) Dabei sei er nicht, wie die Regierung verantwortlich. Die Beschlüsse würden nach dem Gesetz von 1825 den ganzen Landestheil binden. Eine solche Versammlung dieser Corporation widerspreche total dem Geiste der neuen Zeit, und unter dem Vorwände unaufziehlicher Geschäfte könne dort leicht einen Heerd reactionärer Tendenzen zu gründen versucht werden. Der Landtag habe zwar keine politischen Rechte, aber weit gehende über Vermögen. Wolle das Ministerium jedoch beruhigende Erklärungen geben, so möge der Antrag vorerst der Fach-Commission für Organisation der Behörden übergeben werden. Minister v. Bonin erklärt, die Einberufung sei dadurch nötig geworden, daß die Regierung im Auftrage des Communal-Landtages einen Chausseebau ausgeführt habe. Sie könne sich nun nicht selbst durch einen Commissarius dechargieren, sie wolle dem Vollmachtgeber Rechnung legen. — Hiernach wird der Antrag auf Aufhebung aller Communal-Landtage, und speziell auf Sichtung des altmärkischen zu schleuniger Begutachtung an die Organisations-Commission gewiesen. Der Abg. Paucker interpellierte wegen Aufhebung eines Beschlusses der Kreisstände des Saal-Belziger Kreises, betreffend die Einziehung einer halbjährigen Klassensteuer. Das Gesetz vom 24. Juli verbietet alle Kreistagsbeschlüsse dieser Art. Der Minister des Innern bemerkte dagegen, daß der betreffende Beschuß bereits vor Publikation dieses Gesetzes gesetzt und von der Regierung bestätigt worden sei. Das Gesetz begebe sich ausdrücklich jeder rückwirkenden Kraft. Doch habe er nochmals Bericht über die Sache eingefordert. Der Abg. Paucker behält sich weitere Anträge vor. — Der Abg. Gladbach hat eine Interpellation angekündigt, betreffend einen Erlass der Arensberger Regierung, wonach jüdische Lehrer sich haben begehen lassen, bei Ausübung ihres Kultus eine Kleidung zu tragen, welche der Amtskleidung evangelischer Geistlichkeit auffallend ähnlich ist; es ist solcher Unfug unter Androhung einer nämhaften Strafe zu untersagen. Der Minister v. Ladenberg hat dem Abg. angezeigt, daß er diesen Erlass nicht kenne, aber Bericht und nötigenfalls Abstellung versügen werde. Der Abgeordnete setzt die Interpellation daher bis zum 4. November aus.

Man kommt nun zur Tagesordnung, dem Antrage des Abg. v. Pockh-Wronicki, betreffend den Belagerungszustand der Stadt Posen. Der Minister des Innern zeigt an, daß vorgestern die noch erwarteten Berichte des Oberpräsidenten und des kommandirenden Generals der Provinz eingetroffen seien. Das Ministerium könnte sich in Folge derselben nicht veranlaßt finden, den Belagerungszustand aufzuheben; es legt jedoch die Berichte nebst Anlagen vor mit der Bitte, sie selbst zu prüfen und zu berathen. Seger beantragt, die Vorlagen einer besonderen Commission von 8 Mitgliedern zu überweisen. v. Pockh-Wronicki: Da ich voraussehen muß, daß das Vorgelegte nicht blos Bitten und Wünsche der deutschen Bevölkerung in Posen, sondern Thatsachen enthält, so habe ich nichts gegen eine Commission, dringe aber auf schleunigen Bericht. Seger liest einige Aktenstücke zum Beweise, daß der Belagerungszustand aufs Mildeste gehandhabt werde. Jung und Schulze (Delitzsch) beantragen Überweisung an die für Posen bereits bestehende Commission. v. Lissicki bemerkte, der Belagerungszustand sei in Posen nur darum eingeführt worden, damit dort betrunkene Soldaten die Polen auf den Straßen mißhandeln und die Deutschen dem General Willisen eine Rägenmusik bringen könnten. v. Taczanowski: Ich komme eben aus Posen zurück und glaube, daß selbst das Ministerium überzeugt sein wird, daß mit der Friede der Provinz am Herzen liegt. Dieser wird jedoch gerade durch den Belagerungszustand gehindert. Es ist nur eine moralische Eroberung der Provinz zu machen. Schulze (Delitzsch) spricht für seinen Antrag, Plönus gegen denselben. Seger: Das Mitglied der Liga polska, welches sich in der Commission für Posen befindet, möge der Unparteilichkeit wegen ausscheiden. Taczanowski berichtigt Behauptungen Segers über den Belagerungszustand. Der Antrag von Jung-Schulze wird angenommen.

Hierauf wird die Berathung des Gesetzes über unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben fortgesetzt. Der Berichterstatter Pilet giebt zum Schlusse ein umfassendes Résumé der ganzen Debatte über Nr. 7, namentlich der vorliegenden Amendements. Der Justizminister erklärt sich im Wissentlichen mit dem Vortrage des Berichterstatters einverstanden. Er gibt jedoch dem Moritzschen Amendement den Vorzug vor dem Teichmannschen; für Schlesien und die Großhafte Glaz findet er auch besondere Bestimmungen nötig. Das Amendement von Bucher und Schulze bezeichnet auch er als zu weit gehend. Es erfolgen nun noch mehrfache faktische Berichtigungen, denen endlich der allgemeine Ruf nach Schluss ein Ziel setzt. Eine besondere Präsidial-Konferenz hat gestern die Reihenfolge festgesetzt, in welcher über die Amendements abgestimmt werden soll; es wird mit den am Weiteren gehenden angefangen. Über die Amendements von Waldeck, Bucher-Schulze, Teichmann und Moritz ist namentliche Abstimmung beantragt.

Zur Abstimmung kommt zunächst das von den Abg. Waldeck, D'Ester und Elsner gestellte Amendement: „Statt Nr. 7 zu setzen: Landesmien, Marktgroßhafte, Gewinnelder, überhaupt alle Abgaben irgend einer Art, welche von einem Grundstück bei Besitzveränderungen oder Heiraten der Besitzer, sei es in der herrschenden oder dienenden Hand, entrichtet werden müssen.“ — Auf Antrag vieler Abgeordneten findet namentliche Abstimmung statt. Dabei wird das Amendement mit 203 gegen 131 Stimmen verworfen; 66 Abgeordnete schließen, 2 (Weichsel und Müller (Solingen) enthielten sich der Abstimmung).

Hierauf folgt die Abstimmung über das von den Abgeordneten Bucher und Schulze (Delitzsch) gestellte Amendement: „7) Die Berechegung der Ober-eigenthümer, Erbverpächter und Guts- oder Grundherren a) Besitzveränderungs-Abgaben irgend einer Art, namentlich Landesmien, bei Veränderungsfällen in der herrschenden Hand zu erheben, und ebenso b) bei Veränderungen in der dienenden Hand, sofern das verpflichtete Grundstück, sei es durch Vererbung (einschließlich der Erbschaftsteilung) oder durch Überlassung unter Lebenden an Verwandte des Besitzers in der auf- und absteigenden Linie, oder an Ehegatten, oder Verlobte desselben übergeht; c) außerdem in allen Fällen der dienenden Hand, wenn die Verpflichtung nicht erweislich durch von dem Besuchten und dem Verpflichteten oder deren Vervorgängern, über das Grundstück geschlossenen Überlassungsvertrag begründet ist.“ — Dies Amendement wird mit 178 gegen 160 Stimmen angenommen; 63 Abgeordnete fehlten, einer (Schulze aus Minden) enthielt sich der Abstimmung.

Hier nach wird nur noch das von den Abg. Tüshaus und Gellern gestellte Amendement abgestimmt. Es lautet: „Zu §. 1. Nr. 7. Zusag: In denjenigen Fällen, wo hier nach die Laudemien zu zahlen sind, dürfen solche 2 Prozent des mit dem 18fachen Betrage kapitalistirten Rein-Ertrages des verpflichteten Grundstücks nicht übersteigen.“ Angenommen.

Der von den Abg. Hartmann, v. Kleist, Mäckle und v. Neusebach gestellte Antrag: „in der morgenden Sitzung, statt die Berathung des Berichts

der Petitionscommission vorzunehmen, mit Berathung des vorliegenden Gesetzentwurfs fortzufahren, wird angenommen.“

Schluss der Sitzung 1½ Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend den 21. Vormittags 9 Uhr. Tagesordnung: Fortgesetzte Berathung des Gesetzentwurfs über die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Lasten und Abgaben.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redakteur: C. Henzel.

Todes-Anzeige.

Vergangenen Sonnabend Abends $\frac{1}{4}$ auf 8 Uhr starb der ehemalige Ziegelmeister Carl Mikulski nach kurzem aber hartem Leiden am Nervenfieber in einem Alter von beinah 66 Jahren. — Die Beerdigung findet morgen Dienstag Nachmittags 3 Uhr statt.

Diese Anzeige für alle Theilnehmenden.

Posen, den 23. Oktober 1848.

Die Hinterbliebenen.

Zur Unterstützung und Belebung des Handels und der Gewerbe soll in denjenigen Landesheilen, in welchen sich ein Bedürfnis dazu herausstellt,

die Errichtung von Privatbanken durch Gesellschaften mit vereinigten Fonds mit der Besugniß zur Ausgabe unverzinslicher Noten bis zum Betrage des Stammkapitals

gestaltet werden. Wir machen dies den Handels- und Gewerbetreibenden unseres Departements hierdurch mit dem Bemerkten bekannt, daß die von des Königs Majestät genehmigten Bedingungen, welche der Verhandlung über die solchen Gesellschaften zu ertheilenden Statuten zur Grundlage dienen sollen, bei den Magistraten hier, zu Schwerin, Lissa, Rawicz, Kempen, Krotoschin und Pleschen zur Einsicht bereit liegen. Anträge auf Concessionirung derartiger Privatbanken sind bei den Königlichen Ministerien der Finanzen und für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten einzureichen, welche dieselben geeigneten Falls bei des Königs Majestät zu befürworten bereit sind.

Posen, den 9. Oktober 1848.

Königliche Regierung I.

Bekanntmachung.

Der Gesetzentwurf wegen Ausschreibung einer Zwangs-Anleihe wird in der National-Versammlung alsbald zur Berathung, und im Falle der Annahme das Gesetz unverweilt zur Ausführung kommen, wenn nicht inzwischen die freiwilligen Beiträge einen ausreichenden Ertrag gewährt haben möchten.

Wir fordern deshalb, der Anordnung des Königl. Ministerii gemäß, hierdurch auf, sich ferner bei der freiwilligen Anleihe, so weit es irgend möglich ist, zu betheiligen, da es höchst wünschenswerth erscheint, die Zwangsanleihe durch genügende freiwillige Beiträge ganz unnöthig zu machen.

Alle Behörden unseres Bezirks werden veranlaßt, zur Beteiligung der Einwohner bei der freiwilligen Anleihe nach Kräften mitzuwirken.

Posen, den 18. Oktober 1848.

Königliche Regierung.

Gerichtliches Aufgebot.

Auf dem im Wreschener Kreise belegenen, früher dem Rittmeister Anton v. Czarnecki gehörig gewesenen adeligen Gute Gorazdow ist unter Rubrica III. No. 2. des Hypothekenbuches Folgendes eingetragen gewesen:

„Die den Geschwistern des Eigenthümers Anton v. Czarnecki, namentlich der minoren Rosa, Marianna und Angelica v. Czarnecka als Erben ihres Vaters Adalbert v. Czarnecki aus dem vierten Theile des eigentlichen Werthes dieses Gutes gebührende, in Absicht des Quanti noch nicht ausgemittelte, in baarem Gelde zu leistende Abfindung, welche nach der Anmeldung vom 11ten November 1795 auf den Grund der Agnition des Eigenthümers Anton v. Czarnecki vom 26sten Oktober 1796 und 11ten April 1797 vigore decreti vom 18ten November 1797 allhier eingetragen worden.“

Das Gut Gorazdow ist unter Sequestration und demnächst zur Subhastation gestellt worden.

Bei der Vertheilung der Revenüen und Kaufgelde ist auf obige Post ein Kapitals-Antheil von 9934 Rthlr. 15 Sgr. 3 Pf., zinsbar vom 9ten November 1837 ab, gefallen, welcher bei dem Depositario weiter verzinslich, als eine Special-Masse angelegt worden ist, weil das Hypotheken-Dokument fehlt.

Diese Special-Masse, bestehend in dem Kapitale von 9934 Rthlr. 15 Sgr. 3 Pf., und den davon bereits aufgekommenen und noch aufkommenden Zinsen wird hiermit aufgeboten. — Es werden alle diesen Unbekannten, welche als Eigenthümer, Erben, Cessionarien, Pfandinhaber oder sonst Berechtigte Ansprüche an die Special-Masse zu haben vermögen, aufgefordert, diese Ansprüche spätestens in dem vor dem Oberlandesgerichts-Referendarius Kiel auf den 29sten December 1848 Vormittags um 10 Uhr

in unserm Instruktionszimmer anberaumten Termine bei Vermeidung der Präkusion anzumelden.

Der Rittmeister Anton v. Czarnecki und die Erben der Antonina v. Czarnecka, werden hierdurch öffentlich von dem anberaumten Termine benachrichtigt.

Posen, den 19. März 1848.

Königl. Ober-Landesgericht. Abtheilung für die Prozeß-Sachen.

Lehrerversammlung.

Sonnabend den 28ten Oktober um 2 Uhr Nachmittags und von da ab regelmäßig alle 14 Tage um dieselbe Stunde findet im Turnsaal der Luisenschule eine Lehrerkonferenz statt, wozu wir ganz besonders unsere Kollegen vom Lande, aber auch jeden Lehrer und Nichtlehrer von hier und anderwärts, der sich für die Schulen interessirt, hierdurch einladen.

Der Vorstand des Central-Lehrervereins f. d. Provinz Posen.

Schönke. Friedrich. Strach.

Folgende Westpreußische Pfandbriefe

Name des Extrahenten.	Bezeichnung der Pfandbriefe.	des Departements.	des Werhs. Rthlr.	Bemerkungen.
1 Das evangelische Schloß- Kirchen-Presbyterium u. französische Kirchenkon- sistorium zu Kottbus	Lobsens No. 25. Smogulsdorf No. 50. Gr. Turze No. 14. Kodzuszkowo No. 19.	Schneidemühl dto. Danzig Bromberg	1000 100 100 100	Diese sämmtlich außer Kurs gesetzten Pfandbriefe ohne Kupons sind in der Nacht vom 25/26. August 1848 aus der Schloßkirche zu Kottbus gewaltsam entwendet.
2 Superintendent von Winter zu Schwed-	Grabonne No. 13. nebst laufenden Kupons seit Weihnachten 1845.	Schneidemühl	500	In der Nacht vom 30/31. August 1848 aus der Pfarrwohnung zu Schwed-

sollen auf den Antrag der oben bezeichneten Extrahenten, als Eigenthümer dieser Pfandbriefe, amortisiert werden, was hierdurch öffentlich bekannt gemacht wird.

Marienwerder, den 11. Oktober 1848.

Königl. Westpreußische General-Landschafts-Direktion.

Freiherr von Rosenberg.

Schulanzeige.

In Bezug auf das neue Schulfahr bringe ich hiermit zur Kenntnis der betreffenden geehrten Eltern und Vormünder, daß Montag den 6ten November c. die Anmeldung der neuen Schüler sowohl in die sechs Gymnasiaklassen, als auch in die Vorbereitungsklasse (Septima), Dienstag den 7ten November die Prüfung dieser neuen Schüler, Mittwoch den 8ten November der Anfang des Unterrichts stattfinden wird.

Posen, den 23. Oktober 1848.

Der Direktor des Königl. Marien-Gymnasiums.

Auktion.

Mittwoch den 25. Oktober Vormittags von 10 Uhr ab, sollen Gerberstraße No. 47. einige Möbel, Haus- und Küchengräthe, nebst verschiedenen andern Gegenständen, 1 Wagen (Art Britschke), und altes Geschirr, gegen baare Zahlung versteigert werden.

Anschuß.

Gasthofs-Empfehlung.

Hôtel de Berlin

in Posen, Wilhelmsstraße No. 3., vis-à-vis der Post und dem Landschafts-Gebäude, Ecke der Friedrichstraße, in der lebhaftesten Gegend der Stadt, wegen seiner angenehmen Lage und der dabei bestehenden

Badewurst

besonders empfehlenswerth. Seit dem 1. Oktober c. habe ich das Hôtel de Berlin übernommen, und das Möglichste aufgeboten, dieses seit vielen Jahren bestehende Etablissement auf das Eleganteste und Bequemste neu einzurichten und am heutigen Tage eröffnet. Indem ich mich hierbei sehr empfehle, erlaube ich mir noch zu bemerken, daß Table d'hôte, so wie à la Carte gespeist werden kann, Letzteres zu jeder Tageszeit. — Für gut eingekochte Stallungen und Wagen-Renisen ist bestens gesorgt.

Dem geneigten Wohlwollen eines verehrten Publikums mich nochmals bestens empfehlend, verschreibe ich bei reellster und promptester Bedienung die möglichen billigsten Preise.

Posen, den 21. Oktober 1848.

Friedrich Dehmig,
früher Oberkellner im Hôtel de Baviere.

100 Schock $\frac{3}{4}, \frac{4}{4}, \frac{5}{4}$ jöllige ganz trockene Bretter sind auf dem am Ende der kleinen Gerberstraße belegenen Gelke'schen Grundstück No. 13. billig zu verkaufen.



Auf die an mich ergangenen Anfragen beehre ich mich ergebenst anzugeben, daß, da mein Schreibunterricht sich auch hier durch täglich zahlreicher Zuspruch der Anerkennung erfreut, ich mich entschlossen habe, noch Theilnehmer anzunehmen, und können an den verschiedenen Unterrichtsstunden für Damen, Herren und Kinder, noch einige Theil nehmen.

Ich übergehe alle weitere Anpreisungen der Vortheile und Reellität meines Unterrichts betreffend, bemerke aber, daß man in 20 Lehrstunden schreiben lernen, und die unleserlichen, schwierigsten und namentlich zitterndsten, durch eckige Fingerspitzen verunstalteten Handschriften auf Lebensdauer in schöne, deutliche und hauptsächlich sehr geläufige verwandeln kann, und dieser Unterricht sich auch auf die ausdehnt, welche des Schreibens ganz unkundig sind. Für diejenigen, welche meinen Unterricht noch nicht kennen, liegen über die Erfolge desselben Altestate höchster und hoher Beispiele, wie die veränderten Handschriften meiner in großer Anzahl ausgebildeter Eleven, jeden Alters und Standes des In- und Auslandes zur gesälligen Ansicht bereit. Für das minder begüterte Publikum ist mein Honorar, wie überall, auch hier, ermäßigt.

E. Jaffé, née Argé,

Königl. Preuß. geprüfte Lehrerin einer ihr eigenhülichen Schreibmethode, und Lehrerin der Stenographie.

Logirt Lauf's Hôtel de Rome, Zimmer No. 34.

(Mit zwei Boissagen.)

T u l a n d .

Berlin, den 22. Oktober. Gestern Abend wurden hundert der bei den Canalarbeiten auf dem Köpnick'sche Felde bisher beschäftigten Arbeiter entlassen. Der Baurath Helfst hat gestern (wie dies aus den vorangehenden Verhandlungen der Nationalversammlung vorher zu erschließen) eine diesfallsige Bekanntmachung an die Arbeiter erlassen, und ihnen dabei gleichzeitig eröffnet, daß Denjenigen, welche sich am 16. und 17. d. M. von den Arbeitsstellen entfernt haben, für die Zeit ihrer Abwesenheit kein Lohn gezahlt werden könne, da solche Zahlungen um so weniger geleistet werden können, als auch die Nationalversammlung diesen Antrag zur Berücksichtigung nicht geeignet besunden. — Ein auf diese Maßregel bezügliches namenloses Plakat warnt die „Bürger Berlins“ wach zu sein, nicht in die Nähe der Reaktion zu gehen, den Bürgerkampf zu vermeiden und drohendes Unglück abzuwenden.

Stettin, den 20. Oktober. Heute Nachmittag ließen hier die für Rechnung der Preußischen Regierung erbauten Kanonen-Schaluppen Nr. 2, 3 und 4 vom Stapel; jede davon erhält einen langen Vierundzwanzigpfunder und eine 25pfündige Bombentonne (80 Pfunder). Nr. 2 und 3 sind von Herrn Schüler, dem Erbauer der Zollen Germania und Concordia, der Vorschrift gemäß nach Dänischem Muster konstruiert, nach Logger Art getakelt und liefern mit eingesetzten Masten ab. Nr. 4, von Herrn Ruske erbaut und zwar nach Schwedischem Muster, hat etwa sechs Wochen länger auf dem Stapel gestanden als die beiden andern Boote; dieses Fahrzeug lief ohne Masten ab. Außer diesen drei Kanonenbooten und dem in Stralsund schon früher auf's Wasser gebrachten wird unsere Küstenflotte nun zunächst durch die beiden in Berlin im Bau begriffenen um ein fünftes und sechstes vermehrt werden.

Breslau, den 20. Oktober. Den uns heute nachträglich aus Wien zugekommenen Nachrichten vom 18. zufolge ist in der Lage der Dinge an diesem Tage eine bedeutende Veränderung eingetreten. Die Ungarische Armee, welche schon vor einigen Tagen die Grenzen Österreichs überschritten haben, ja bereits in der Nähe Wiens stehen sollte, zieht sich in Folge eines Beschlusses des Ungarischen Reichstages zurück und wird das Österreichische Gebiet gar nicht betreten. In Wien selbst dauern die Rüstungen fort; doch haben viele Mitglieder des Reichstages die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der schwedenden Fragen nicht aufgegeben, und dürfte der Erzh. Reichsverweser das Vermittleramt übernehmen. Auch der Kaiser scheint eine friedliche Beilegung zu wünschen. Einer Deputation aus Prag ist von ihm geantwortet worden, daß Wien nur ernürt und das Proletariat entwaffnet werden solle; eine Beschlebung werde nicht stattfinden; die Truppen, welche bei Olmütz zusammengezogen würden, seien gegen die Ungarn bestimmt, um die Magyarischen Separationsgelüste zu unterdrücken.

Breslau, den 21. Oktober, Abends 10 Uhr. Mit dem heutigen Abendzuge der Oberschlesischen Bahn ist die Wiener Post, welche gestern Nachmittag hier ankommen sollte, angelangt. Die mit derselben eingetroffenen Nachrichten bestätigen im wesentlichen dasjenige, was wir schon gestern meldeten. Wiener Blättern zufolge soll indeß der Rückzug der Ungarn auf einem Missverständnisse beruhen. (?) Aus Olmütz wird uns aus zuverlässiger Quelle gemeldet, daß am 16. Okt. ein Kaiserl. Erlass erschienen und diesem am 19. ein zweiter gefolgt sei. In dem ersten wird Fürst Windischgrätz zum Generalissimus aller Kaiserl. Truppen, mit Ausnahme der unter dem Kommando de Adegbüll's stehenden, ernannt und beauftragt, den Tod von Batour und Lemberg zu rächen und die Ruhe herzustellen. Die gewährten Freiheiten würden nicht entzogen, später gestellte Forderungen müßten zurückgewiesen werden. Der zweite Erlass enthält eine Ansprache an die Völker Österreichs, in welcher diese vor fernster Anarchie und Wiederholung von Grausamkeiten gewarnt werden, denn die verübten seien von der Art, wie sie die Geschichte noch nicht kenne. Bei solchen Zuständen könne das Vaterland nicht bestehen. Ordnung und Ruhe müßten wieder hergestellt werden.

Frankfurt den 17. Oktober. Unsere Marine-Angelgelegenheit wird jetzt in kürzester Frist eine sehr erfreulich Gestaltung annehmen. Die Unterhandlungen, welche man darüber mit den „Vereinigten Staaten von Nordamerika“ geführt hat, sind nun fast geendet und haben ein glückliches Resultat gewährt. Mit Bewilligung der Regierung werden ein nordamerikanischer Kommodore und mehrere andere Seefüßiere auf einige Jahre interimistisch in unsere Dienste treten. Eben so hat die amerikanische Regierung gesattet, daß auf den dortigen Kriegswerften für unsere Rechnung größere Kriegsschiffe erbaut werden könnten, da wir dies aus Mangel an den nötigen Arsenalen noch nicht selbst thun vermögen, während die kleineren Schiffe auf unseren Werften erbaut werden sollen. Auch mehrere junge deutsche Seekadetten werden auf amerikanischen Kriegsschiffen aufgenommen, um dort den nötigen Dienst zu lernen. Auch ein englischer Frégatten-Kapitän, ein Deutscher von Geburt, und ein dänischer höherer Seefüßier, ein geborner Altonaer, sollen schon für unseren Dienst gewonnen sein. Mit diesen Vorbereitungen hängt zusammen, daß jetzt die ersten drei Millionen Thaler für die deutsche Kriegsflotte an die einzelnen Staaten ausgeschrieben sind und in kürzester Frist eingezahlt werden müssen.

— Seine k. k. Hoheit Erzherzog Stephan ist hier angekommen.

Wien, den 19. Okt. Die in der gestrigen Reichstagssitzung verkündete Nachricht, daß die Ungarn sich auf den Befehl des Ungarischen Reichstages aus dem Österreichischen Gebiete zurückgezogen hätten, entruhte die Gemüthe in hohem Grade. Die Einwohner Wiens sahen sich zu einer müßigen Passivität, zu einem Verharren im Vertheidigungszustande verurtheilt, anstatt, wie sie hofften, im offenen Kampfe ihre Kampfeslust zu befriedigen. Das Benehmen der Ungarn in einer Sache, die sie selbst so sehr betrifft, ist allen ein Rätsel. Pulsky ertheilte dem permanenten Ausschuss den weisen Rath, die Reichsversammlung möge sich an den Reichsverweser wenden und diesen um seine Vermittelung ersuchen. Die Wiener lieben aber nicht Bittschriften und lange Wege.

— Die Allg. Desir. B. enthält nachstehende Erklärung: Es verbreitet sich hier allgemein das Gericht, daß die Ungarn sich feig zurückgezogen haben und der Herr Unger. Staatssecretair Pulsky eine offizielle Note an den österr. Reichstag abgesandt habe, worin derselbe erklären soll, daß die mutigen Wiener, die sich so brav für die Interessen Ungarns geschlagen haben, sich nunmehr um Hülfe an

den Reichsverweser und nicht an die Ungarn halten könnten. Ich bin ermächtigt, diese Note dahin zu erklären, daß sie blos lediglich eine Privatmeinung des Hrn. Pulsky und keinesfalls eine offizielle Note des Ung. Reichstages war. Herr Pulsky ist bereits selbst ins Lager abgereist, wo sich Rossuth schon befindet, und ich hoffe, der Angriff der Ungarn wird nächster Tage erfolgen. Neuwirth.

Wien, den 18. Oktober. In der heutigen Nachmittagssitzung des konstituierenden Reichstages hat der Referent des Sicherheitsausschusses Schuselka, einen höchst wichtigen Bericht abgestattet. Es ist nämlich in der vergessenen Nacht dem Sicherheitsausschuse aus dem Ungar. Lager die Nachricht eingegangen, daß sich die Ungarische Armee in Folge eines Beschlusses des Ungarischen Reichstages zurückziehe und das Österreichische Gebiet gar nicht betreten werde. Schuselka bemerkte zugleich, daß man nicht wisse, ob dieser Beschluß seitens des Ungarischen Reichstages in Folge der kürzlich stattgehabten Zusammenkunft einer Deputation aus dem Ungarischen Lager mit dem General Auer sperr oder, wie einige Blätter vermuten, in Folge einer angeblichen Drohung von Seiten Russlands gefaßt worden sei. Diese Mittheilung wurde vom Hause sowie von den Zuhörern mit tiefem Schweigen aufgenommen. — Die von der Frankfurter Linken hierher entsendeten und gestern angekommenen Deputirten besuchten noch denselben Abend das Sitzungskloster des Studenten-Comites. Nachdem Robert Blum den Zweck der Reise angegeben, sprach er zunächst seine Bewunderung über den Heroismus der Bevölkerung Wiens und der akademischen Legion aus. Sodann bemerkte er: Wiens Sache sei Deutschlands Sache, und es könne der Sieg nicht zweifelhaft sein. Würde auch Wien jetzt durch das Militair geschlagen, so werde sich doch dann ganz Deutschland erheben und der Erfolg nicht zweifelhaft sein. Man möge darum ansharren. Sie selbst aber seien nicht gekommen, um unter der edlen Bevölkerung Wiens mit Worten zu kämpfen; sie seien vielmehr bereit, in den vordersten Reihen der tapferen Wiener zu stehen und den Sieg erringen zu helfen. Nachdem Blum seine Rede beendet, wurde jedem der Deputirten ein Kalabreser Hut, ein Hirschfänger und ein Stufen überreicht.

Gestern ist vom Ober-Commandanten der Nationalgarden ein Tagesbefehl erlassen worden, dem wir folgende Stellen entnehmen: Ich stelle die fremden Gesandten, die k. k. Nationalgebäude, sowie das k. k. Militairgut und deren Personen unter den Schutz der Ehre des betreffenden Bezirks. Für die innere Stadt ist keinerlei Gefahr zu befürchten. Es darf demnach nicht befremden, wenn ich alles Geschütz aus der Stadt im Lager konzentriere. Von dort aus werde ich Hülfe auf die bedrohten Punkte senden. Damit die Personen meines Hauptquartiers schon von Weitem erkennbar sind, finde ich zu verordnen: Der Ober-Commandant, der Herr General-Lieutenant Wem, Herr Artillerie-Oberst Jelowicki, und die von mir morgen ernannt werden den Corps-Commandanten tragen weiße Reiherbüsch; alle Herren Offiziere des Generalstabes grüne Federbüsch, dazu die Feldbinde nach früherem Befehle.

— Der Gouverneur von Brünn hat an die Kreis-Hauptleute folgende Zuschrift erlassen: Nr. 6276. Hochgeborener Graf! Mit Rücksicht auf die in Wien eingetretene Pöbelherrschaft und sonstige Bemühungen der Wöhler, auch die Landbevölkerung aufzumühlen, werden dieser Tage größere Truppenmärsche aus Böhmen und Concenterirungen im dortigen Kreise eintreten. Ich fordere Ew. Hochgeboren auf, die auf den möglichen Durchzugsstraßen, die ich Ihnen noch nicht bekannt zu geben weiß, gelegenen Domänen folglich aufzufordern, im Falle eines solchen unerwarteten Durchmarsches dafür zu sorgen, daß für Bequartierung und Verpflegung der durchziehenden Mannschaft nach Möglichkeit gesorgt werde, und daß den Truppen überall die nötigen Mittel zu ihrer möglichst schnellen Weiterbeförderung geboten werden. Empfangen E. H. die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung. Brünn, am 13. Okt. 1848.

Den Galiziern beginnt es unter der jetzigen Lage der Dinge ganz unheimlich zu werden, und am liebsten hätten sie gar nichts mehr mit Wien und aller seiner Verwirrung zu schaffen! Ohnehin saßen die Vertreter Galiziens doch immer wie freundliche Wesen unter den Deputirten des Reichstages. Es hat sich deshalb, der „Bresl. Ztg.“ zufolge, von Lemberg eine Deputation nach Wien begeben, um von dem Reichstage die Einberufung des galizischen Landtages nach Lemberg zu verlangen.

Olmütz den 16. Oktber. (E. Bl. a. B.) Gestern Abends, bald nach der Ankunft des Fürsten Felix Schwarzenberg, verbreitete sich das Gericht, der Frieden mit Italien sei abgeschlossen. Bis jetzt scheint sich diese Nachricht aber noch nicht zu bestätigen. Wichtiger ist, daß heute Morgen ein Courier des ungarischen Ministeriums hier anlangte, welcher Unterwerungs-Anträge von Seiten Ungarns überbrachte. So unglaublich die Sache scheint, mag die Stellung, welche Auer sperr mit seinen Truppen vor Wien eingenommen, doch ihnen guten Theil daran haben. Er steht nämlich so zwischen den herangrückten Ungarn und der kroatischen Armee, daß er zuerst angegriffen werden müßte, was aber die Ungarn nach einer selbst im Reichstage abgegebenen Erklärung, schon ihrer Schwäche wegen, nicht wagen.

Die Stadt ist öde, selbst in der Nähe des Kaiserlichen Hoflagers, wo Nationalgarde und Grenadiere Wache halten. Der Hof ist in Trauer, schwarz gekleidet. Die böhmischen Truppen haben, mit Ausnahme des Grenadierbataillons Raith, das dem Fürsten Windischgrätz auf seiner Herrschaft zum Geleite diente, alle schon Olmütz hinter sich und bewegen sich gegen Stockerau. Zahlreiche Wiener Familien sind hierher geflüchtet.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 17. Okt. National-Versammlung. Sitzung vom 17. Okt. An der Tagesordnung ist die Verfassungs-Debatte, die bis zum Kapitel von der richterlichen Gewalt, Artikel 82, begriffen, vorgerückt war. Artikel 83. lautet: „Die Richter des Cassations-Tribunals werden von der Nationalversammlung in geheimer Abstimmung durch absolutes Stimmenmehr ernannt.“ Hierbei ist zu bemerken, daß ein großer Theil der Versammlung darauf hinarbeitet, dem Präsidenten der Republik, als Chef des Staates, so wenig Ernennungen als möglich zu überlassen, um die Bürokratie zu untergraben. La porte beantragt: „Die Glieder des Oberrechnungshofes können ohne Genehmigung des Staatsrathes weder ernannt, noch zu höheren Graden befördert werden.“ Der Antrag wird verworfen.

Artikel 83. angenommen. Artikel 84.: „Die Beamten der Staatsanwaltschaft sind vom Präsidenten der Republik zu ernennen.“ Wird angenommen. Die Verfassungs-Debatte ward hier eine Weile durch eine Wahlprüfung unterbrochen. Charamaule erstattete Bericht über die Wahl Bissette's auf der Insel Martinique. Zum ersten Male waren hier die Negerselaven berufen, ihr Stimmecht auszuüben. Viele, vorzüglich aber Bory Papay, einer der Vertreter Martinique's, bekämpft die Annulierung; eine abermalige Wahl würde die ganze Colonie in Aufruhr versetzen, kein Mensch wisse von den Protestationen auf der Insel etwas, er habe sie erst bei seiner Ankunft in Frankreich erfahren, es seien offenbar Parteikünste im Spiele, ... Hier unterbrach ihn die Ungeduld der Rechten, und ein kleines Gesetz entspann sich zwischen Flocon, Bavasters, Deslongrais und dem Präsidenten, über den Schluss der Debatte über die Wahlprüfung. Endlich ward entschieden, daß man den Landsmann des Angefochtenen noch weiter sprechen lasse. Bory Papay bestieg von Neuem die Bühne, und da sei der Vortrag lebhaft ist und sein Negerkopf, mit den rollenden weißen Augen und den lebhaften Geberden, sich ganz originell ausnimmt, so ward er aufmerksam angehört und erntete sogar Beifall, als er die Liebe Martinique's zur Republik beteuerte. Bissette's Wahl ward annuliert, und zwar wegen incapacité personnelle, so sehr ihn auch sein Landsmann Bory Papay vertheidigte. Diese persönliche Unfähigkeit soll ihren Grund in einer kriminalgerichtlichen Verurtheilung haben. Man sagt, Bissette sei gebrandmarkt. Die National-Versammlung will keinen Galeerensträfling in ihrer Mitte haben. Die übrigen Repräsentanten aus Martinique werden zugelassen. Die Versammlung kehrt zur Verfassungs-Debatte zurück. Art. 85., von Ernennung der Richter der Obergerichts- und Oberrechnungs-Höfe auf Lebenszeit handelnd, wird lange besprochen, dann angenommen. Art. 87., 88., 89. und 90., von den Verwaltungs-Tribunalen handelnd, werden unterdrückt, weil das ganze sechste Kapitel bekanntlich weggefallen ist und der Berathung der organischen Gesetze vorbehalten bleibt. Art. 91. setzt eine Art Schiedsrichter-Amt aus den höchsten richterlichen und administrativen Beamten, unter dem Vorsitz des Justizministers bestehend, ein, um die Confликte zwischen den Behörden zu schlichten &c., und wird nach einem Vortrage Dupin's angenommen und um 6 Uhr die Sitzung aufgehoben.

Spanien.

Madrid, den 13. Oktober. Ein beklagenswerther Unfall hat eine zur Verfolgung der Rebellen in Catalonien abgesandte Kolonne Königlicher Truppen betroffen. Am 1. wurde diese aus 300 Mann bestehende, von dem Oberst-Lieutenant Bosill beschlagene Kolonne von etwa 800 Karlisten in der Umgegend von Maresa plötzlich überfallen und zum Theil niedergemacht, zum Theil gänzlich versprengt, so daß nur sieben Soldaten sich retten konnten. Der Oberst-Lieutenant Bosill blieb tödlich verwundet auf dem Platz.

Am 1. wurden abermals 27 politische Gefangene, vorunter mehrere Ex-Deputierte und Beamte, in Cadiz nach den Philippinen eingeschiffet, und am 5. kamen mehr als 60 Andere von Cartagena dort an, um ebenfalls nach jener Kolonie eingeschiffet zu werden.

Der General Villalonga läßt alle Karlistische Gefangenen fortwährend erschießen.

— In Folge des Ausspruches des in Barcelona zur Aburtheilung der in die Leghorn dort entdeckte Verdächtigung verwickeleten Militär- und Civil-Personen niedergefestoßenen Kriegsgerichtes wurden am 9. dieses Monats in der dortigen Citadelle drei Offiziere erschossen. Die übrigen Schuldbigen wurden zu achtjähriger Galeerenstrafe verurtheilt. Mehr als vierzig Offiziere wurden theils in Barcelona, theils in anderen festen Plätzen Cataloniens verhaftet. Andere hatten sich durch Flucht diesem Schicksal entzogen. Man glaubte, der Generalcapitain Cordova würde am 12. Barcelona verlassen, um die militärische

Statt jeder besondern Meldung.

Als Verlobte empfehlen sich:
Marie Renzmann.

Heinrich Borchert.

Schokken und Hydowko, den 21. Oktober 1848.

Heute früh starb nach achtätigem Krankenlager der Königl. Steuer-Inspektor Schmidt als am Nervenfieber einer Folge der überstandenen Cholera. Diese Anzeige widmet allen Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung

die tiefsgebeugte Witwe und deren fünf Kinder.

Posen, den 22. Oktober 1848.

Die Beerdigung ist Dienstag um 5 Uhr.

Der konstitutionelle Club versammelt sich heut Abend 7 Uhr im Hotel de Saxe. Tagesordnung: Der Adressentwurf an die Wiener.

Gern bin ich bereit, den Wünschen mehrerer meiner Freunde entgegen zu kommen, und zur gegenseitigen Belohnung und Unterhaltung französische Sprech-Uebungen zu veranstalten. Wer hieran Theil nehmen will, erfährt das Nähere bei C. E. Anders, Wasserstraße No. 24.

Ein mit guten Zeugnissen verschöner Braumeister, welcher obergährige wie untergährige Biere zu brauen versteht, hauptsächlich Bairische, sucht ein Engage-

tairischen Operationen persönlich zu leiten. Der Generalversundi soll die Vorhut befehligen.

Berlin. — Das Criminalgericht hat vor einigen Tagen in einer Familiengeschichte eine höchst bemerkenswerthes Erkenntniß gefällt. Ein Bürger lebte mit seiner Frau schon seit längerer Zeit in Unfrieden. In Folge dessen hatte er seiner Chefrau eines Tages durch Hülfe eines Schlossers die Schränke eröffnet, hatte die Sachen und Gelder derselben an sich genommen, solche in die beiden vorderen Zimmer der Wohnung eingeschlossen und der Frau das Hinterzimmer zur ausschließlichen Wohnung angewiesen. Die Frau hatte aber die vorderen Zimmer mit einem Beile eröffnet und sich so wieder in den Besitz ihrer Sachen gesetzt und die Communication in der Wohnung wieder hergestellt. In Folge dessen hatte der Ehemann gegen seine Chefrau eine Denunciation beim Criminalgerichte, wegen gewaltsamer Selbsthülfe, angebracht und das Publikum in einer in allen hiesigen Zeitungen enthaltenen Annonce zur öffentlichen Verhandlung der Sache ausdrücklich eingeladen. Der Gerichtshof sprach auch wirklich in seinem Erkenntniß den Grundsatz aus, daß der Ehemann Herr des Hauses sei, daß sich die Chefrau ihm fügen müsse und daß daher in der hier behaupteten Handlungsweise der Chefrau, wenn solche erwiesen sei, eine gewaltsame, bei zwei Monaten Gefängnis verbotene Selbsthülfe liegen würde. Dennoch sprach der Gerichtshof die angeklagte Frau frei, weil er den Mann nicht für glaubwürdig hielt und weil der Frau die Eröffnung der Thür daher nicht bewiesen sei. Im Gegenteil erklärte der Gerichtshof (unter dem Jubel der Zuhörer), daß andererseits auch der Ehemann sich eine strafbare Selbsthülfe erlaubt habe, indem er zugesandt, daß er der Frau die zu ihrem persönlichen Gebrauch gehörigen Sachen aus den Schränken genommen habe. In Folge dessen soll der Staats-Anwalt nunmehr bereits gegen den Ehemann Anklage erhoben haben. Wenn sich auch im vorliegenden Falle die Sache zu Gunsten der Frau umgedreht hat, so scheint doch bis zur Emancipation unserer Frauen noch ein weiter Schritt zu sein.

Unterzeichnetes empfiehlt sich bei Beginn des zweiten Monates seiner Existenz den verschlischen Redaktionen zur gefälligen Benutzung. Näheres auf porzestfreie Anfrage.

Breslau, den 20. Okt. 1848.

Das Corresp. Bureau.

Stargard-Posener Eisenbahn.

Frequenz und Einnahme.

	Zahl der abgegangenen Personen.	Ginnahme dafür Rthlr. sag. pf.	Abgegangene Güter ie. Centner. Rfd.	Ginnahme dafür Rthlr. sag. pf.	Ginnahme dafür Rthlr. sag. pf.
Januar	7878	32228	109	434527	866825
Februar	8435	441019	6	496916	938056
März	11844	66828	6	7901881	60056
April	12711	699317	10	48554	432519
Mai	11649	643516	7	42575	43086
Juni	16305	852222	2	42468	46285
Juli	17598	1014617	10	3651141	1074322
August	22978	1745525	—	530088	689810
September	17502	151801	7	8347617	2435456
				1047315	2565317

Cholera.

Posen, den 22. Oktober. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 11 Personen, gestorben 11.

Posen, den 23. Oktober. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 6 Personen, gestorben keiner.

Posen, den 23. Okt. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles 13 Rthlr.

ment. Darauf Respektirende belieben ihre Adresse unter H. O. W. Stettin post restante einzusenden.

Ein Knabe mit den nöthigen Schulkenntnissen kann sogleich als Lehrling unterkommen bei

C. B. L. g. u. Gold- und Silberarbeiter, Breslauerstr. 38.

Dreißig bis vierzig Centner Hopfen verkauft Commissionsweise die Eisenhandlung von H. Cegielinski in Posen.

Das unterzeichnete Commissions-Bureau ist im den Stand gesetzt, Allen, welche bis spätestens den 15. November d. J. deshalb in frankirten Briefen bei ihm anfragen (also das geringe Porto nicht scheuen), ein nicht außer

Acht zu lassendes Auerbieten unentgeltlich zu machen, welches für den Anfragenden schon im nächsten Jahre ein jährliches Einkommen bis zu 10,000 Mark, oder viertausend Thaler Preuß. Cour. zur Folge haben kann.

Lübeck, im Oktober 1848.

Commissions-Bureau,

Petri-Kirchhof No. 308.

Ein noch ganz gut erhaltenes birkenes Schreibbüro ist Friedrichsstraße No. 23, Parterre, zu verkaufen.

Im billigen Laden Markt No. 62. werden gut gestickte Krägen à 3 Sgr., Chemisets à 7½ Sgr., seine franz. Handschuhe, Crav.-Tücher und Schleier à 6 bis 7½ Sgr. verkauft.

Geschäfts-Veränderung.

Die Verlegung meiner Kammfabrik von der Wasserstraße No. 23. nach der Breitenstraße No. 18. in das Haus des Herrn Kanzlei-Rath Knorr, bringe ich hiermit zur gefälligen Kenntnis, und empfehle mein reichhaltig assortirtes Lager unter Versicherung der reeliesten Bedienung.

O. Neufeld.

Ausgezeichnet schönes Bairisches und Gräzer Bier bei Schmidt, Restaurateur, Wilhelmsplatz No. 5.

Am 21sten d. Mts. ist ein Paarchen Kinderwäsche gefunden worden. Der Eigentümer kann sich daselbe gegen Entlastung der Insertionsgebühren Wilhelmstraße No. 2. in der Klempnerwerkstatt abholen.

Thermometer- und Barometerstand so wie Windrichtung zu Posen, vom 15. bis 21. Okt. 1848.

Tag.	Thermometerstand		Barometerstand.	Wind.
	tiefster	höchster		
15. Oktob.	+	7,2°	+ 11,3°	273. 7,62 SW.
16.	+	6,0°	+ 11,0°	27 - 7,0 SW.
17.	+	9,0°	+ 10,2°	27 - 2,0 W.
18.	+	5,0°	+ 10,1°	27 - 6,0 S.
19.	+	7,2°	+ 9,0°	27 - 3,2 NO.
20.	+	5,3°	+ 6,0°	27 - 11,0 NO.
21.	+	4,0°	+ 4,1°	28 - 1,0 NO.